



Newsletter Serap Güler MdB



Sommertour statt Sommerpause

LIEBE MITBÜRGERINNEN UND MITBÜRGER,

Ich freue mich sehr über Ihr Interesse an meiner politischen Arbeit im Deutschen Bundestag. Mit diesem monatlichen Newsletter halte ich Sie zum Geschehen in der Berliner Politik, meinen Aufgabenbereichen im Parlament, meinem Ausschuss sowie meinem Wahlkreis auf dem Laufenden und informiere über meine öffentlichen Termine. Haben Sie Fragen oder Anliegen an mich? Dann wenden Sie sich jederzeit an serap.gueler@bundestag.de

Herzliche Grüße,

VON TERMIN ZU TERMIN IM WAHLKREIS:

Während im politischen Berlin die Zeit in den Sommerferien still stand, habe ich meine erste Sommertour in meinem Wahlkreis Leverkusen/Köln-Mülheim gestartet.

Die Ergebnisse und Eindrücke, die ich für die kommenden Wochen mit nach Berlin nehme sind schockierend. Selten haben so eindrücklich alle Teile der Gesellschaft, ob soziale Träger, Unternehmen oder Vereine und Initiativen eine so einhellige Meinung zur Bundesregierung und der Entwicklung im Land gehabt, wie aktuell. Die Sorgen und Ängste der Menschen zu dem Krieg in der Ukraine, zur Inflation, spezifisch zu den steigenden Energie und Lebensmittelpreisen



Foto: Laurence Chaperon

müssen wir als Politik unbedingt ernst nehmen und so schnell wie möglich Abhilfe schaffen. Die Entwicklung betrifft die Portemonnaies aller, besonders aber von den Menschen, die heute schon kaum über die Runden kommen.

Die Bundesregierung unternimmt zu wenig um den Menschen in diesem Land zu helfen und die Folgen der finanziellen Probleme abzufedern. Die Entlastungen, die die Bundesregierung beschlossen hat, folgen dem Gießkannenkonzept und haben dennoch große Lücken. Beim Energiegeld sind beispielsweise die Studenten und die Rentner vergessen worden. Stattdessen bekommen Menschen eine Entlastungshilfe

für die steigenden Energiekosten, obwohl diese durch die Mehrkosten gar nicht betroffen sind, weil sie unter anderem durch Transferleistungen abgesichert sind. Bei meiner Sommertour durch den Wahlkreis Köln-Mülheim/Leverkusen traf ich auch viele Arbeitgeber aus der Region. Ein weiteres Problem, das viele betrifft, sind die Sorgen um Arbeitskräfte und fehlende Auszubildende. Besonders das Handwerk sucht händeringend nach geeignetem Personal. Neben attraktiven Stellen muss auch die Bundesregierung nachbessern und die Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland vereinfachen. Sie sehen also, ich komme aus der Sommerpause mit einem Päckchen voll mit Aufgaben.

Sommertour I

BESUCH DES TECHNISCHEN HILFSWERKS

Die letzten Jahre haben gezeigt: Katastrophen werden nicht weniger und finden schlimmstenfalls gleichzeitig statt. Letztes Jahr waren wir besonders betroffen, auch hier in der Region Köln/Leverkusen. Erst kam die Coronapandemie, dann die Flut und anschließend in Leverkusen noch der Unfall im Chempark.

Bei allen drei Krisen konnten wir uns auf die vielen Helferinnen und Helfer der Rettungsdienste verlassen. Aber auch die kamen an ihre Grenzen und brauchten Hilfe. Da kommt das Technische Hilfswerk ins Spiel. Mit der Ausstattung und dem Material, das den Frauen und Männern aus dem Ehrenamt zur Verfügung gestellt wird,

konnten diese bei allen drei Krisen Abhilfe schaffen und die hauptamtlichen Rettungskräfte unterstützen. Bei der Coronapandemie wurden wichtige Transporte von Medikamenten oder medizinischer Ausstattung durchgeführt oder kurzfristig ein ganzes Impfzentrum während eines Stromausfalls mit Generatoren versorgt, sodass der Betrieb aufrechterhalten werden konnte.

Nach und während der Flut hat das THW die vielen Rettungs- und Bergungsaufträge systematisch abgearbeitet und beim Wiederaufbau in den betroffenen Gebieten geholfen. Diese kleinen und kurzen Beispiele zeigen, dass die Arbeit, die die

vielen Freiwilligen täglich leisten unseren Dank und unseren Respekt verdienen. Ich werde mich auf jeden Fall für die Bedürfnisse des THW in meinem Wahlkreis einsetzen und versuchen bestehende Probleme zu lösen.



JUGENDZENTRUM BUNKER

In den letzten beiden Corona Jahren hat insbesondere die Jugend gelitten. Deswegen ist es gut, dass Orte wie das Leverkusener Jugendzentrum "Bunker" Kindern und Jugendlichen wieder Raum zur kreativen und spielerischen Entfaltung geben. Das Jugendzentrum liegt im Bereich von zwei Stadtteilen, die sehr intensiv durch Kinderarmut betroffen bzw. bedroht sind. Deswegen war mir dieser Termin während des Sommers besonders wichtig, um zu erfahren, wie sich die steigenden Preise auf einkommensschwache Familien



auswirken und insbesondere wie diese an Kinder weitergegeben werden. Fakt ist: Kinder aus einkommensschwachen Familien werden es in den kommenden Wochen noch einmal schwerer haben. Die Ampel-Regierung muss unbedingt mit einem neuen Maßnahmenpaket nachbessern und die Kinder vor Armut schützen.

NEUE EINBLICKE IN DIE TAFEL

Eine Institution, bei der wir alle froh wären, wenn wir als Gesellschaft diese nicht brauchen würden. So beschreiben insbesondere die vielen Freiwilligen bei der Tafel Leverkusen ihre Einrichtung. Der Wegfall der Tafel würde nämlich bedeuten, dass man diese nicht bräuchte und jeder genug Einkommen hat, um im Alltag auf eigenen Beinen zu stehen. Dem ist leider nicht so.



Das Konzept der Tafeln in Deutschland ist sicherlich nicht neu und vielen bekannt, dennoch wollte ich wissen, ob bereits Veränderungen bei den Ausgaben bemerkbar werden. Wir alle wissen um die steigenden Preise in den Supermärkten, kennen die steigenden Preise für Butter, Öl oder Mehl. Doch wie trifft diese Entwicklung Menschen, die bereits vorher am Existenzminimum gelebt haben.

Fatal ist leider mein Resumee nach dem Besuch der Einrichtung. Aktuell werden 6.500 Klienten täglich an verschiedenen Ausgabeorten mit Lebensmitteln versorgt. Die Zahl der Abnehmer ist zunehmend, während die Zahl der Spenden leider abnimmt. Supermärkte spenden weniger Lebensmittel an die Tafeln, sodass es bei den Ausgabestellen in Zukunft zu Engpässen führen kann. Außerdem sind die Tafeln auch immer durch die Corona-Pandemie bedroht. Zum einen können jederzeit die Ehrenamtler gesundheitsbedingt ausfallen, zum anderen ist insgesamt der Betrieb der Ausgabestellen während der Pandemie schwierig. Der Besuch hat gezeigt: Wir brauchen leider die Institution Tafel in Deutschland mehr denn je. Leider, weil es unser oberstes Ziel sein sollte, dass die Bürgerinnen und Bürger von ihrer Arbeit leben können und nicht auf externe Hilfe angewiesen sein müssen.



BESUCH VON JENS SPAHN IM WAHLKREIS



Lange geplant, endlich geschafft: Gemeinsam mit unserem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden für die Bereiche Wirtschaft und Energie Jens Spahn, habe ich verschiedene Unternehmen und Start-Ups in meinem Wahlkreis besucht. Passenderweise hat Spahn in der Woche in seiner eigenen Sommertour viele Unternehmen besucht, die entweder Energie zur Verfügung stellen oder sehr energieintensiv produzieren. Da hat der Besuch des Chemparks in Leverkusen seine Sommertour wunderbar abrunden können.

Vielen sind die Mengen an Energie, die unsere chemischen Industrie in der Region jeden Tag benötigen gar nicht bewusst. Der Chempark in Dormagen bräuchte beispielsweise für einen Tag rund 36 Kesselwagen Öl, um die Produktion am Standort aufrechtzuerhalten, wenn man von Gas auf Öl umsteigen müsste. Dabei ist die chemische Industrie für uns in Deutschland ein extrem wichtiger Teil unseres wirtschaftlichen Systems. Mit den vielen Stoffen und Produkten stellen diese häufig die Grundsteine für weitere Produkte und weitere Wertschöpfung her. Ohne Covestro beispielsweise würden

wichtige Teile für die Automobil- oder Windindustrie fehlen. Deswegen haben wir uns auch zusammen nochmal das Windlabor im Kölner Teil des Chemparks genauer angeschaut. Hier forscht und experimentiert das Unternehmen mit neuen Harzen und Kunststoffen, um Windräder noch effizienter und langlebiger zu machen. Damit beginnt auch ein Teil der Energiewende hier in unserer Region.



Über alles hinaus ragend war natürlich trotzdem, wie eingangs beschrieben, das Thema Energie. Auch die Unternehmen am Standort sind von den steigenden Preisen und der Gasumlage betroffen. Die Entlastung über die Mehrwertsteuer hilft diesen allerdings nicht. Die Ampel-Regierung muss deshalb unbedingt weitere Entlastungspakete für die energieintensive Industrie auflegen oder die Gasumlage kippen und diese aus dem Kernhaushalt bezahlen. Damit wäre wahrscheinlich allen am ehesten mehr geholfen. Vielen Dank an dieser Stelle allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Covestro und Currenta für die vielen Informationen und Details, sowie Herrn Dr. Klaus Schäfer, CTO von Covestro, für den intensiven Austausch.

Weiter ging es anschließend in das Start-up Viertel Carlswerk. Gemeinsam mit weiteren Kölner Partei Kollegen haben wir dort das Start-up smartengine - wtec im Hause des Immobilienentwicklers Art-Invest besucht. Art-Invest entwickelt aktuell das ID/Cologon und gibt dem Gelände rund um das Carlswerk ein neues Gesicht und einen neuen Charakter. Dabei geben sie neuen innovativen Ideen im eigenen Unternehmen genug Platz, um sich zu entwickeln. Das Hauseigene Start-Up smartengine - wtec beispielsweise rüstet Gebäude mit Intelligenz aus. Dabei bildet ein Netzwerk aus feinmaschigen Sensoren, Strom über Lan-Kabel sowie Echtzeitdaten die Basis für die gesamte Smart-Building Infrastruktur der Gebäude. Mit den Daten aus den Sensoren kann das Gebäude energieeffizienter und ökologischer als vorher betrieben werden. Mit geringeren Nebenkosten profitieren die Mieterinnen und Mieter ebenso wie die Umwelt von der CO₂-Reduktion.



Vielen Dank lieber Jens Spahn, für den Besuch in meinem Wahlkreis und das Interesse an dem wirtschaftlichen Mehrwert, den diese Region liefert.

HANDWERKERSCHAFT, ARBEITGEBER UND IHK

Neben vielen sozialen Einrichtungen und Trägern habe ich in meiner Sommertour natürlich auch Vertreterinnen und Vertreter aus der Wirtschaft getroffen. Viele der Antworten auf meine Fragen haben sich allerdings nicht großartig unterschieden von denen der sozialen Träger. Deutschland hat ein ernstes Energieproblem und die steigenden Preise machen allen Sorgen.

Wir müssen uns zum Beispiel dem Problem stellen, dass es sich unter der Ampel-Regierung bald nicht mehr lohnen

könnte arbeiten zu gehen. Der Kontostand am Ende des Monats bei einigen Handwerkern unterscheidet sich nicht mehr allzu sehr von dem Kontostand eines Arbeitslosen. Beide leben im Zweifel Tür an Tür,



nur mit dem Unterschied, dass der eine jeden Morgen aufsteht und arbeiten geht.

Auch das Problem des Arbeitskräftemangels spielt eine große Rolle. Von der Gastronomie über den Handwerksbetrieb bis zum spezialisierten IT-Unternehmen, alle suchen händeringend nach Arbeitskräften. Die Lösung kann aktuell nur qualifizierte Einwanderung nach Deutschland sein, denn sonst wandern Betriebe oder Unternehmen langfristig ab.

Energiepolitik der Bundesregierung

Zu den jüngsten energiepolitischen Entscheidungen der Bundesregierung gehören die sogenannte Gaspreisanpassungsverordnung und die Gasbeschaffungsumlage. Beide lassen viele Fragen unbeantwortet und weisen zudem schwere Mängel auf.

Unsere Bedenken und Hinweise während des Gesetzgebungsverfahrens wurden von der Ampelregierung gänzlich ignoriert, wesentliche notwendige Entscheidungen für das energiepolitische Krisenmanagement verschleppt. Als staatstragende Partei und Fraktion sollte der Regierung dennoch und gerade deswegen weiter die Hand entgegengestreckt werden. Obwohl die Ampel bereits vor Wochen Nachbesserungsbedarf eingeräumt hat und der Umlagebeginn auf den 1. Oktober 2022 datiert ist, sind Zeitpunkt und Vorgehensweise auch weiterhin unklar. Wir haben die gesetzliche Grundlage im Energiesicherungsgesetz abgelehnt.

Im Einzelnen:

a) Bisher werden Fernwärme- und Festpreisverträge nicht in der Umlage berücksichtigt, so dass die Stadtwerke und Energieversorger für das gesamte bezogene Gas Umlage bezahlen, diese aber in beträchtlichem Umfang nicht weitergeben können. Um das Risiko der Versorger zu verringern, wäre es sinnvoll, wenn auch diese Verträge zukünftig in die Umlage mit einbezogen würden.

b) Seit August betreibt die Bundesregierung bei der Erhebung der Mehrwertsteuer auf die Umlage eine Mischung aus Ablenkungsmanöver und Panikmache. Fest steht, bei der von ihr gewählten Umlagekonstellation lässt sich die Mehrwertsteuer nicht vermeiden. Die Aussage des Bundeskanzlers, durch eine Senkung der Mehrwertsteuer auf sieben Prozent würden die Gaskunden deutlicher stärker entlastet, als durch die Umlage belastet, war eine Täuschung der Öffentlichkeit und nachweislich falsch. Bis heute gibt es keine offiziellen Informationen der Bundesregierung zu den Wirkungen der geplanten Entlastung und der Umsetzung der gesetzlichen Änderungen.

c) Bundeswirtschaftsminister Habeck verkündet im August die Höhe der Umlage von 2,4 Cent pro Kilowattstunde. Aber eine Berechnungsgrundlage wurde trotz der Belastung für Wirtschaft und Bürger und trotz gesetzlich festgeschriebener Forderung in Bezug auf die Darstellung der Berechnungsgrundlage und die eingeräumte Kontrolle durch das Parlament, noch immer nicht veröffentlicht. Sie bleibt intransparent.

d) Auf öffentlichen Druck hin wurden mittlerweile Unternehmen genannt, die die Umlage voraussichtlich in Anspruch nehmen werden. Unter Umständen werden es auch Energieunternehmen mit aktuell hohen Gewinnen sein. Die Prämisse des BMWKS „verfassungsrechtliche Vorgaben der Gleichbehandlung“ zu erfüllen, führt also zu einer Art Gewinnumlage, die wir definitiv ablehnen.

e) Während sich die Ampelparteien bei den Zusatzkosten schnell einig sind, streiten sie sich bei den Entlastungen fortdauernd. Zu Zeitpunkt und Ausgestaltung von angekündigten Entlastungen hat es bisher noch keine belastbare Mitteilung gegeben. Damit fördert sie das Risiko einer sozialen Spaltung und einer wirtschaftlichen Schieflage. Es darf nicht sein, dass Gasimporteure gestützt werden, während viele Bürger, aber auch energieintensive Betriebe und ganze Branchen, in die Knie gehen.

Unsere Forderungen an die Bundesregierung:

Ein umfassender Energiepakt von Bund, Ländern und Kommunen; Das unmittelbare Drosseln der Gasverstromung; Der Abschluss von belastbaren Solidaritätsverträgen mit allen europäischen Nachbarn. Die Stromangebotsausweitungsverordnung in ihrer jetzigen Form muss nachgebessert werden. Sie beeinträchtigt die Planungssicherheit der Kraftwerksbetreiber und führt dazu, dass bislang nur ein einziges Kraftwerk in den Markt rückgeführt wurde.

Der Tankrabatt und das 9-Euro-Ticket laufen aus, aber die Bürger werden neben den Preissteigerungen bei Strom, Gas

und Öl zusätzlich von den verschiedenen Umlagen belastet, Ein Konzept, das die Erfordernisse von Energieeinsparungen und Bürgerentlastungen zielgerichtet zusammen bedenkt und berücksichtigt ist notwendig und sinnvoll und muss die zahlreichen und nicht zielführenden Diskussionen der Ampel ersetzen.

Wir erwarten, dass der Bundeswirtschaftsminister wettbewerbswirksame Maßnahmen ergreift, um den Unternehmen in Deutschland wettbewerbsfähige Energiepreise zu bieten. Wenn Regeln so streng formuliert sind, dass die in Aussicht gestellte fünf Milliarde-Hilfe praktisch ins Leere laufen muss, ist unredlich.

Vor dem Hintergrund sich anbahnender Versorgungspässe hat die Bundesregierung in Aussicht gestellt, den kurzfristigen Einkauf von Flüssiggas politisch zu flankieren. Allerdings wurden bisher weder in Katar, noch in Norwegen oder Kanada absehbare Lieferungen gesichert. Die ausbleibenden Fortschritte begründet die Ampel mit der fehlenden Infrastruktur. Dieser wurde über Jahrzehnte von grünen Interessensgruppen verhindert und bleibt auch jetzt unglaublich, wenn der Aufbau der notwendigen Infrastruktur bis zum Winter erfolgen soll.

Angesichts der vielen offenen Baustellen der Ampel fassen wir unsere Forderungen in einem Sechs-Punkte-Plan zusammen:

- Aufhebung der Gasbeschaffungsumlage.
- Abschluss von Solidaritätsverträgen mit europäischen Partnern.
- Laufende, sichere Kernkraftwerke befristet weiterbetreiben.
- Ein Entlastungs- und Einsparungsdoppel, bestehend aus einem Energie-Grundbedarf und einem Energie-Bürgergutschein.
- Das Energiekostendämpfungsprogramm für die von Erdgas- und Strompreissteigerungen besonders betroffenen Unternehmen anpassen. Zusätzlich das angekündigte, aber noch nicht umgesetzte Auktionsprogramm für die Industrie um finanzielle Anreizmechanismen ergänzen.
- Das politische Flankieren der kurzfristigen Beschaffung von Flüssiggas durch die Gasimporteure.

Neues aus unserer CDU

AUSBLICK AUF DEN BUNDESPARTEITAG



Die Präsentation unseres neuen Grundsatzprogramms liegt hinter uns, der Gestaltungsprozess hat begonnen und in vielen Kreisverbänden in Deutschland wurde bereits kräftig diskutiert. Auch ich durfte an einigen Diskussionen in den vergangenen Tagen teilnehmen und konnte mich selbst von der Freude und dem Engagement vieler Parteimitglieder

überzeugen. Wir merken als Partei gerade wieder, dass immer, wenn es darauf ankommt unsere Mitglieder da sind, diskutieren und vor allem auch gestalten wollen.

Mit dem anstehenden Bundesparteitag stehen wir nun vor wichtigen Weichenstellungen für den Prozess. Zum einen stimmen wir über die Frauenquote in unserer Partei ab. Eine Frage, die ehrlicherweise aktuell außerhalb der Partei nicht viele interessiert, die aber dennoch geklärt werden muss.

Außerdem haben wir das erste Mal in der Geschichte unserer Partei durch das Präsidium und den Bundesvorstand zwei fast identische Anträge eingebracht.

Beide setzen sich für ein Gesellschaftsjahr in Deutschland ein, der eine Antrag unterstützt ein verpflichtendes Jahr, der andere möchte dieses auf freiwilliger Basis belassen. Ich möchte hier nochmal eindeutig für die Position des verpflichtenden Gesellschaftsjahres werben. Mit dem freiwilligen sozialen Jahr haben wir bereits ein auf Freiwilligkeit basierendes Modell, dass bei weitem nicht alle in Deutschland erreicht. Wenn wir ehrlich sind, erreicht das Angebot nur einen kleinen Teil der Gesellschaft in Deutschland und wird von vielen leider nicht wahrgenommen. Dies soll nur ein erster kleiner Denkanstoß zur Diskussion sein, mehr Argumente für und wider werden wir sicherlich auf dem Parteitag Anfang September hören.

BERICHT UNSERES PRAKTIKANTEN

Über den letzten Monat hinweg durfte ich als Praktikant im Bürgerbüro der Bundestagsabgeordneten Serap Güler einen Eindruck gewinnen, wie der politische Alltag eines Politikers funktioniert. Der Einblick in die Prozesse und Abläufe der politischen Arbeit waren nicht so wie ich es mir eigentlich vorgestellt habe. Vor allem die Arbeit, die im Hintergrund geleistet wird, von der man als einzelner Bürger kaum bis gar nichts mitbekommt, hat mich in der Intensität überrascht.

Zu Beginn meines Praktikums durfte ich eine Rede zur Veranstaltung des Künstlers Ali Zulfikars vorbereiten. Die Veranstaltung beschäftigte sich mit dem Thema der politischen Gefangenen in der Türkei, ein Thema welches vor dem Hintergrund der sich verschlechternden Menschenrechtssituation weltweit sehr aktuell ist.

In der darauffolgenden habe ich insbesondere die eingangs beschriebene Arbeit im Hintergrund kennengelernt. Neben dem Erstellen von Verteilern, stand auch das Verfassen von Texten für die sozialen Medien, die Webseite oder den Newsletter auf der Tagesordnung.

Danach folgten meine ersten Terminbegleitungen mit Frau Güler im Rahmen der Sommertour, bei der wir Institutionen,



Unternehmen oder Vereine im Wahlkreis besucht haben. Neben der Caritas, konnte ich auch den Besuch bei der Kreishandwerkerschaft und der Tafel Leverkusen begleiten. Als Abschluss meiner Terminbegleitungen durfte ich das Zusammentreffen der Arbeitgeberverbände Rhein-Wupper und dort den Auftritt des Innenministers Herbert Reul beiwohnen. Der Innenminister hielt eine Rede über die innere Sicherheit und Cyberkriminalität, und die Herausforderungen, mit denen der Staat in diesen Bereichen in den kommenden Jahren konfrontiert wird.

Die gewonnen Eindrücke und Einblicke in die politische Arbeit des Bürgerbüros waren sehr abwechslungs- und lehrreich. Ich werde im weiteren Verlauf meines Studiums gern und freudig auf meine Zeit im Bürgerbüro der CDU-Abgeordneten in Köln-Porz zurückblicken.

Medien & Netzwerk

 www.serapgueler.de
 @serapgueler
 @sgueler
 @SerpGueler

Impressum

Herausgeber:

Serap Güler MdB
CDU Bürgerbüro Porz
Hauptstraße 390
51143 Köln

Kontakt:

Mail:
serap.gueler.wk@bundestag.de

V.I.S.D.P.:

Jonas Dankert
CDU Bürgerbüro Porz
Hauptstraße 390
51143 Köln